

# Montag, 9. Juli, abds. 7 Uhr in allen B.-O.-Bezirken von Groß-Berlin Mitglieder-Versammlungen in den Wohnbezirken

## Syndikalischer Radikalismus

Es ist deswegen nicht leicht, zu der anarchisch-syndikalistisch-pazifistischen Helmeierstellung zu nehmen, weil mit der zunehmenden Krise im syndikalistischen Lager auch die Kontinuität steigt. Das alles wäre letzten Endes noch zu ertragen. Nicht zu ertragen ist, und nicht geschwiegen werden darf, wenn der konterrevolutionäre Kurs so offen zum Ausdruck kommt, wie im „Syndikalist“ Nr. 22, wo in einem über 1% Seiten ausgewachsenen Leitartikel folgende Weisheit zu lesen ist:

Wenn die Lohnpolitik der Zentralverbände nicht so tendenziell wäre, wenn sie es wenigstens so weit gebracht hätten, wie die Gewerkschaften in Oesterreich; zur gleichen Lohnhöhe, dann wäre der Unterschied zwischen dem Ansehen der Presse und der Erhöhung der Löhne einengen hergestellbar. So aber ist ein plötzlicher Zusammenbruch unvermeidlich. Die Unternehmer und Geschäftsinhaber haben es längst zur Regel gemacht, den Preis für ihre Waren, unabhängig vom Einkaufspreis nach dem Dollarstand festzusetzen. Die Preise steigen mit dem Dollar. Wenn bei einem Dollarstand von 42.000 die Margarine 4500 kostet, so verkauft der Kaufmann aus demselben am nächsten Tage bei einem Dollarstand von 50.000 das Pfund für 6000 Mark. Hätten die Gewerkschaften sich bei ihrer Lohnpolitik ebenso eingestellt, würde der Stundenlohn von 2000 Dollar bei einem Dollarstand von 1000 sich automatisch auf 3000 Mark erhöhen, sobald der Dollar auf 80.000 Mark steigt, dann könnte einer Herabsetzung des Reallohnes Einhalt geboten werden.

Diese konterrevolutionäre Aktivität hat gerade noch gefehlt, in einem Augenblick, wo der Kapitalismus selbst die dümmsten Proleten beweist, daß jede „Erhöhung“ des Lohnes ein Verlust ist. Aber für die syndikalistischen Wirkkräfte ist eben der Kapitalismus überhaupt kein Problem. Sie kennen nur Lohn und Arbeit und ihre syndikalistischen Prinzipien die auf eine Stabilisierung des österreichischen Massensterbens hinauslaufen. Wahrscheinlich ein guter Anfang, bei den entbremsenden Klassenkämpfen, daß demnach wenn die Gewerkschaften an dem Zustände etwas ändern können, der syndikalistische Heilmittelklub die überflüssigste Einrichtung der Welt ist, haben sie wohl noch gar nicht begriffen. Ist auch nicht schade. Wir glauben ganz bestimmt, daß die Proleten dies bald begreifen werden, oder zum großen Teil schon begriffen haben, was nach obstehendem Bekenntnis wahrhaftig nicht schwer sein dürfte.

## Politische Lumpen

Eine Erklärung der Betriebs-Organisation Hennigsdorf. Der Bezirksrat der D.M.V. Verwaltungsstelle Berlin, Ulrich, operierte auf der am Dienstag, den 3. Juli 1933 tagenden Funktionärsversammlung mit einem Beschlusse, den angeblich die BO Hennigsdorf zusammen mit Unorganisierten gefaßt haben soll und der lautet, daß:

„Vertzig BO-Genossen zusammen mit den Unorganisierten bei Ausbruch eines Kampfes in der Metall-Industrie den Betrieb der AEG-Werke aufrecht erhalten wollen.“

Die Unterzeichneten erklären, daß dies wie immer, eine glatte Lüge ist und erklären, daß Vertreter dieser Lüge, die im Namen der Unorganisierten der Vertrauensleute Hans Borsch, letzterer der KPD, angehört, als bewußte Lügner und politische Lumpen, innerhalb der Arbeiterbewegung, der Hans Borsch ist noch Mitglied der gewählten Streikleitung.

Für die Richtigkeit dieser Erklärung garantiert die Betriebs-Organisation Hennigsdorf.

Wir bitten alle ehrlich denkenden Proleten um weiteste Verbreitung dieser Erklärung, um Kennzeichnung dieser zwei Lumpen in der Arbeiterschaft.

I. A. der Betriebs-Organisation der AEG-Werke, Hennigsdorf. Wilhelm Kunow. Paul Strade.

## Ausland

### Aus der australischen Arbeiterbewegung

Vor mehreren Jahren befand sich der gesamte Regierungsapparat des Föderalstaates Australien noch in den Händen der Arbeiterorganisationen (so einer Arbeiterregierung). Die Arbeiterpartei, stützte sich auf die Trade-Union, hatte die Mehrheit im föderativen Parlament und auch in den Landesparlamenten. Durch ihre Abgeordneten und Minister führte sie u. a. auf gesetzlicher Weise ein: den Achtstundentag oder die 44stündige Arbeitswoche; ein Existenzminimum, bei dessen Erreichung die statistischen Angaben für den Lebensunterhalt eines ungelohnten Arbeiters maßgebend waren; die berühmten Schlichtungsausschüsse der Gewerkschaften, von denen jeder registrierte Trade-Unionist auf friedlichem Wege mit Hilfe der Staatsgewalt — dieses „objektiven Richters“ — sich mit dem Arbeitgeber über Lohnfragen und Arbeitsbedingungen seines Betriebes auseinandersetzen konnte, usw. Auch während des Weltkrieges teilte die Arbeiterpartei die Staatsgeschäfte und spielte damals eine wichtige Rolle. Sie war 600.000 Freiwillige aus Proletarierkreisen an und schickte sie auf den europäischen Kriegsschauplatz. All dieses schenkt uns Australien, die Arbeiterpartei. Die Arbeiterkommissar und bürgerlichen Publizisten nannten dieses Land nie anders, als „das Land der sozialen Reformen“, „die Perle des Stillen Ozeans“, „das Paradies der Arbeiter“. Die Sozialdemokraten wiesen hier auf Australien hin als ein Beispiel, daß der Sozialismus auch im kapitalistischen Staate sich entwickeln könne.

Heute ist es anders geworden, von diesen Methoden hört man nichts mehr. Die Arbeiterpartei hat nicht mehr die Mehrheit im Parlament, und auch die Ministerposten hat sie eingebüßt. In Ozeanland hat sie nur noch eine Stimm-Mehrheit. Das Zeltlager der Großbourgeoisie (Nationale Partei) und des Großgrundbesitzes (Agrarier-Partei) ist angebrochen. Die sozialen Reformen des Arbeiterpartei haben das Föderal-Parlament, die 44stündige Arbeitswoche ist durch die

48stündige ersetzt. Der festgelegte Wochenlohn, in Höhe von drei Pfund 16 Schilling, als Existenzminimum im vergangenen Monat Mai besaß heute noch unverändert, aber nur auf dem Papier. In Wirklichkeit sind die Löhne (Metallindustrie und Bergbau um 20 Prozent herabgesetzt. Dasselbe droht auch den anderen Produktionszweigen. Die Teuerung und Arbeitslosigkeit wächst, Streiks werden verboten, dem Parlament Ausnahmeergänzungen die Kommunisten vorgelegt, die kommunistischen Propagandisten ins Gefängnis geworfen, die farbigen Arbeiter und Chinesen in den staatlichen Betrieben besitzlich ausgebeutet (sie erhalten nur 5 Schilling pro Woche), die Trusts und Syndikate machen Riesengewinne, die staatlichen Betriebe werden ausgeplündert, die spekulativen Zwecken dienenden Organisationen stark begünstigt. Der Premierminister Yew, das führende Haupt der Nationalisten, erhält in aller Öffentlichkeit ein Geschenk von einem „Unbekannten“ (25.000 Pfund Sterling) für seine Mühen auf dem Gebiete des Staatswesens.

Es ist daher verständlich, daß dies aggressive Vorgehen des Kapitals eine große Unzufriedenheit in den Arbeitermassen hervorgerufen hat. Die Arbeiterpartei aber erklärt kategorisch, sie verteidige nach wie vor das Privatigentum, sie ist für eine „ehrliche Ausnutzung der Arbeitskraft“, „gerechte Löhne für gerechte Arbeitsleistung“ für Nichtzulassung farbiger Arbeiter nach Australien, für Verteidigung des „Vaterlandes“ usw. Obwohl die linken Elemente in der Arbeiterpartei sich nach dem Moskauer Muster zu Zellen zusammengeschlossen haben, sind sie ohne jeden Einfluß. Der Kampf um die Auflösung der Partei und den Gewerkschaften der Rücken. Die Parlamentswahlen im Dezember waren eine Niederlage für die Arbeiterpartei, große Massen haben sich an der Wahl nicht beteiligt. Die bürgerliche nationale Partei hat zusammen, ihre Führer sind früher die geistigen Schöpfer der Arbeiterpartei gewesen. Der Premierminister Yew, das Haupt der nationalen Partei,

## Mitteilungen

Es genügt nicht! Genossen, daß ihr die „Kaz.“ lest und den Inhalt richtig und gut findet. Tausende werden noch von bürgerlichen und „sozialistisch-kommunistischem“ Kitsch verblödet. Neue Abonnenten müssen gewonnen werden, um die Idee des proletarischen Klassenkampfes ins Proletariat zu tragen. Werke werden noch von der „Kaz.“ Treue um Treue! Sammelt für den Preiselösungs!

ist der Vater der Arbeiterpartei. Bis 1916 hatte er die Leitung, 1920 kam es zur Spaltung in der Arbeiterpartei, der größte Teil der Partei übertrug sich zur nationalen Partei über. Die Arbeitermassen hängen heute noch an ihrem Yew, er genießt noch große Autorität. Sie sehen in ihm immer noch „den glänzenden Redner, talentvollen Organisator, den frühesten Landstreicher, dem Regenschirmträger, das Idol und den Gott der Arbeiterpartei.“

Die Leiter der Arbeiterpartei können den jetzt veränderten Verhältnissen des Wirtschaftslebens ihre Taktik nicht ändern, sie halten zähe am Alten fest. Sie sehen wie das Großkapital eindringt, der amerikanische Fleischtrust, das Zuckersyndikat, die Metalltrusts und die verschiedenen Vereinigungen der amerikanischen und englischen Banken in deren Händen liegt die gesamte Wirtschaft Australiens liegt. Die Konkurrenz der englischen Waren hat die australische Industrie eingeschränkt, diese steht vor einer schweren Krise. Die Führer der Arbeiterpartei halten an den alten Praktiken fest, wie sie vor 20 Jahren waren, als das ausländische Kapital in die junge Bildung und in die Produktion der Eisenwaren, Weidewirtschaft, Urwälder, Mineralien usw.) und stabile Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, den großbritischen Geldgebern, Kessengewinne versprochen. Unter dem Schutze der Arbeiterpartei gerade ist das großgewordene Kapital heute die ausschlaggebende Macht in Australien, dem die Arbeiterpartei Lakelenddienste leistet.

Aus alledem ist es verständlich, daß große Arbeitermassen der Arbeiterpartei abtrüben. Die Arbeiterpartei ist die Wahlkandidatin der ganzen Partei an als eine Bande von Politikern, die nach Sitzen im Parlament und nach Ministerposten eifeln. Eine wichtige Stütze der Arbeiterpartei ist die Trade-Union, in der sind 70 bis 80 Prozent aller Arbeiter Australiens organisiert. Die Trade-Unionen sind in Australien revolutionäre Ideen des Jahres 1848 durchdrungen waren, zu einer großen Macht aus. Der damalige einsetzende Kampf um den Achtstundentag usw. endete nach blutigen Zusammenstößen mit den nicht zahlreichen Regierungstruppen mit dem Siege der Arbeiter. Durch die Leichtigkeit mit der dieser Sieg erungen wurde, entstand in den Köpfen der Trade-Unionisten eine übertriebene Vorstellung von der Macht ihrer Organisationen.

Auch in den folgenden Jahren stieß der Kampf der Trade-Union auf keine großen Hindernisse, denn es gab keinen Feudalismus, der Regierungsapparat war noch primitiv, die Bourgeoisie in ihrer Entwicklung und deshalb nicht widerstandsfähig. Ferner kam eine Konkurrenz der Eingeborenen wegen ihrer Untauglichkeit zu angestrenzter Arbeit nicht in Frage, ebenso der unbedeutende Zufluss von Einwanderern infolge der weißen Entfernung zwischen Europa und Australien.

Die Trade-Unionen durchliefen eine Entwicklung, die in einem Generalstreik ausartete, aus ihrer Ruhe ausgebrochen und traten den von der Regierung angeworbenen Streikbrechern sogar bewaffnet entgegen. Nach dieser Zeit entstanden große Verbände der angestrenten Arbeiter. Die linken Trade-Unionen stützten die einseitige Wirtschaftskontrolle aus, in den neunziger Jahren entstand dann die Arbeiterpartei, die sich besonders auf den Kampf ums Parlament einstellte.

Die Bourgeoisie bekam starken Zuström von Finanzkapital und setzte die einseitige Wirtschaftskontrolle aus, um Reichtümer anzuhäufen und ihre wirtschaftlichen Positionen zu festigen. Der Grund des Bergbauwesens, der Zucker- und metallurgischen Industrie wurde gelegt, die weiten unbedeutenden Änderungen und die einseitige Wirtschaftskontrolle aus, in den neunziger Jahren entstand dann die Arbeiterpartei, die sich besonders auf den Kampf ums Parlament einstellte.

gewann Einfluß im Parlament. Eine Aera der friedlichen Entwicklung des Industriekapitals setzte ein, das aus seinen Betrieben große Gewinne zog und großzügig den Sozialreformatorien der Arbeiterpartei und den Trade-Unionen einige Brocken überließ.

Infolge der friedlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in den letzten Jahrzehnten und der sich den gelehrten Arbeitern bietenden Möglichkeiten, selbständig zu werden, erstarrten die Trade-Union in kleinbürgerlicher Trägheit. Ein große Rolle spielte dabei die Vorherrschaft der bürgerlichen Presse, der Kirche und der Schule. Auch heute noch hält die bürgerliche Boulevardpresse die australischen Arbeiter in ihrem Banne. Außer einigen unbedeutenden Wochenschriften und einer Tageszeitung können die Arbeiterpartei und die Trade-Unionen der bürgerlichen Presse nichts entgegenstellen. Die Schulen befinden sich in den Händen miserabel bezahlter, unwissender Lehrer. Es gibt mehr religiöse Sekten und Kirchen, als Gasthäuser, Bierhallen und Sportklubs.

Die Kommunisten, Moskauer Richtung, haben nun innerhalb der Trade-Union Zellen gebildet und wollen diese erobern, ganz wie wir es hier zur Genüge kennen. Diejenigen, die diese Taktik ablehnen, haben eigene Kampforganisationen geschaffen, z. B. „Industriearbeiter der Welt“. Die natürlich von den Zellenkämpfern als Sektierer und Verschwörungsorganisation bekämpft werden. Es wird unehrliche Arbeit und Energie kosten, die Proletarier aus der Lechzige aufzurufen, und ihnen begreiflich zu machen, daß der Kampf um die Auflösung des Privatigentums und die Herbeiführung der kommunistischen Gesellschaft, die Eroberung der politischen Macht, ihnen nur helfen kann.

## Mitteilungen

18. Part.-Bezirk (Ortsgruppe Grünau) Dienstag, den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Gruppen-Versammlung am bekannten Ort. Eingang Uferbahn.

18. B.-O.-Bezirk. Alle streikenden B.-O.-Genossen erhalten Anskuhlt im Lokal Kaiser, Adlershof, Friedenstr. 5.

Am Donnerstag, den 12. Juli findet im Lokal Weinhof, Gipsstraße, Ecke Auguststraße, die Quartalsmitgliederversammlung statt, an der alle Mitglieder in Erscheinung treten. (Auch auch die BO, geschlossen, die regelmäßig nur ihre Objekte delegieren.) Tagesordnung: Vortrag: „Was ist Kommunismus?“ — Wahl der Funktionäre. — Wichtig-Besprechung 1. Unterbezirk.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Veranstaltungen in der Woche vom 8. bis 14. Juli 1933. Alle Abende beginnen um 7 1/2 Uhr.

Montag, den 9. Juli 1933. Gruppen- und Betriebsoberte: Am Ostbahnhof 17. Vortrag: „Goldlöcher für die Jugend — wie müssen wir kämpfen.“ Jugendbetriebsarbeit. Auch die Jugendvertreter aus den Unionsbezirken müssen erscheinen.

Dienstag, den 10. Juli. Gruppe Ost: Jugendheim, Am Ostbahnhof 17. Vortrag: „Offentlicher Gruppenabend.“ „Goldlöcher für die Jugend?“ Gruppe Britz: Organisatorischer Abend. Gruppe Copenick: Bei Helland, Schönlinde Straße. Vortrag: „Zur Geschichte der russischen Arbeiterbewegung.“

Mittwoch, den 11. Juli. Öffentliche Gruppenabende. Charlottenburg: Jugendheim, Wallstraße 76. Norden: 225. Schule, Böttgerstraße. Neukölln: Jugendheim, Schule, Kaiser-Friedrich-Straße. Thema: „Goldlöcher für die Jugend.“

Donnerstag, den 12. Juli. Öffentliche Gruppenabende. Britz: Jugendheim, Rathaus, Chausseestraße. Copenick: Adlershof, Lokal Kaiser, Friedenstraße. Thema: „Goldlöcher für die Jugend?“

Freitag, den 13. Juli. Gruppe Ost: Gemeinamer Gruppen-Abend mit der KJ. Lichtenberg. Diskussion über politische Tagesfragen. Jugendheim, Lichtenberg, Dossestraße.

Presselösungs. Von Krüger, Berlin 400; von Strauch, Pankow 1250; von Sa, Jena 2000; von K. H. 1200; von E. Schim, 10.000; von Hüte 1000; von BO-Versammlung Hennigsdorf 14.850; vom 9. Unterbez. 1. Abt. 20.000; von Eberswalde 4000 Mark.

## Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Abonnementspreis für die erste Juli-Hälfte 3000.— Durch die Post für die erste Juli-Hälfte 3500.— Name: \_\_\_\_\_ Str. \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Bestellbestellende Mitteln wie am den Verlag der „KAZ“, Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kover als „Drucksache“ frankiert einzuschicken. Verantwortliche Redakteur: Arthur Eber, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Verlag: Karl Seckert, Charlottenburg. — Druck: W. Jendrich, Berlin 9 17

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Post-Organisationen, im Straßenshandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K.A.P.D., Berlin NO 18, Landsberger-Straße 6. Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Öffnet täglich von 9—12 und 1—4 Uhr. Sonntags geschlossen. Postachtkonto: Berlin NW 7, Nr. 48023. Abonnementpreis für die erste Juli-Hälfte 1933 Mk. Einzel-Exemplar erste Juli-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Österreich 8500 Mark. Nach dem übrigen Ausland 12000 Mark monatlich.

## Metallarbeiterstreik „Ein geschichtlicher Wendepunkt“

Diesen „geschichtlichen Wendepunkt“ umschreibt der „Vorwärts“ vom Dienstag, den 10. Juli (Abendausgabe) folgendermaßen:

Die Ereignisse, die gestern im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertretern der Metallbetriebe und den Metallarbeitern abgelaufen sind, bedeuten einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Lohnkämpfe. Wenn wir es genau betrachten, dann bedeutet es die Rückkehr zu den Lohnkämpfen der Friedensperiode. Wenn die Nativität der deutschen Proleten ebenso groß ist — ob so groß, ist zweifelhaft, jedenfalls ist sie sehr groß — wie die Unverfrorenheit der „Vorwärts“-Trabanten, dann treffen zwölf Millionen Hände nach dem Rezept, das sie von dem Alpenrind der Revolution befehlet. Auch wir müssen dann unseren Irrtum einsehen, der demnach darauf beruhte, daß es immer weiter abwärts geht, und nur die revolutionäre Lösung übrig bleibt. Bei der „geschichtlichen Bedeutung“ der Sache dürfte es daher wohl angebracht sein, das Rezept wirklich zu bringen. Man lese:

„Die bürgerlichen Parteien, die die Mehrheit im Reichstag haben, alle Anträge unserer Genossen abgelehnt haben, da durch die himmelschreiende Schuldenwirtschaft des Reiches die Mark immer mehr in Verfall geraten muß, bleibt der Arbeiterschaft ein Lebensinteresse daran, das Leben unserer Wirtschaft und unserer Finanzen herbeizuführen: die Unternehmer zu zwingen, die Spekulation auf die Entwertung der Löhne einzustellen durch Verbotshaus wesentlichen Löhne.“

Man kann dagegen einwenden, daß ein derartiger Gesundheitsprozeß im Interesse der Kapitalisten und der kapitalistischen Produktion selbst liegt. Daß unsere Wirtschaft bereits auf einem Stand heruntergebracht ist, wo sie trotz Markentwertung, Steuererhöhung und Hungerlöhnen unmittelbar den Zeitpunkt vor Augen sieht, wo sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sein wird. Die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterschaft und unserer Produktion ist durch das bisherige Spekulationsystem aufs schwerste gefährdet. Wenn hier nicht eine Umkehr eintritt — und es ist wirklich keine Zeit zu verlieren —, dann haben wir mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu rechnen, dessen Folgen sich gar nicht ausdenken lassen.

Da es die Arbeiterschaft ist, die unter den Folgen eines derartigen Zusammenbruchs am schwersten zu leiden hat — und wir haben dies besonders in Russland gesehen —, hat auch die Arbeiterschaft ein Lebensinteresse daran, daß wir wieder zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Sie hat ein Lebensinteresse daran, daß sowohl dem Lohnkampf wie dem Steuerbetrug ein Ende gemacht wird. Dem Steuerbetrug ein Ende zu machen, alle Steuern, nicht nur die Steuern der Arbeiterschaft, die auf den Verbrauchermassen lastenden Zölle und die Umsatzsteuer wertbündig zu machen, dazu wird der Staat in dem Augenblick gezwungen sein, in dem er auch seinen Einnahmen, Anstellungen und Arbeitern wertbündige Löhne zahlen muß. Hier liegt die große geschichtliche Bedeutung des Ergebnisses des Berliner Metallarbeiterstreiks.“

Wir bringen diesen hanebüchsen Blödsinn beliebige nicht, um gegen die Gewerkschaften oder den „Vorwärts“ zu polemisieren. Aber jeder Proletarier mit seinem gesunden Verstand, wird uns bestimmen müssen, wenn wir bemerken, daß, wenn zur Begründung einer Politik, deren Bankrott an sich schon ganz offen zutage liegt, solche Blödsinnigkeiten aufzufahren werden müssen, so muß es wahrhaftig schon sehr weit gekommen sein. Die Wirtschaft in einem katastrophalen Zustand; an eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt gar nicht mehr zu denken, trotz der Hungerlöhne. Das Kapital außer Stande, infolge seines Profitbedürfnisses, dem Zusammenbruch Einhalt zu gebieten. Reparaturen, innere, Schemden steigen ins grenzenlose. Was liegt also außer als — ja, daß die Arbeiterschaft den „Wertbeständigen“ erkläre, die Kapitalisten von Hinterrum zwingt, vernünftig zu wirtschaften, damit sie ihrem eigenen Untergang entgegen strömen, weil der Zusammenbruch — daß wir ja das allerdings nicht verzeihen — die Arbeiter noch schwerer trifft, als die Kapitalisten. Kann es ein einfacher Rezept geben, „zu den Lohnkämpfen der Friedensperiode“ zurückzukehren? Es ist einfach, und tut nicht weh. Man braucht nur mit der übigen Partei Dummheit ausgerüstet zu sein, um diesen Stupidsim zu glauben, und alles ist in allerhöchster Ordnung.

Zum glauben sind nach dem Gewerkschaftsgrundriss allerdings die Proleten da, die in gewerkschaftlicher Disziplin vor ihren Bonzen zu erstarben, zu den größten Jobberwartenden Beifall fassen, und mit dem Verbändehand der Hand zu verrecken haben, wenn jetzt was den „Wertbeständigen“ die richtige Bedeutung gibt, folgendes passieren wird: Erstens bekommt diese Gewerkschaftsrepublik mit dem neuen „Frieden“ erst den richtigen Rest, und die Proletarier werden in Massen auf die Straße fliegen, und können dann dort draußen Betrachtungen anstellen über den Weg zurück zur Friedensperiode, und über die Wertbeständigen. Diejenigen, die man auf halbe Arbeitszeit setzt, werden sich die arbeitslosen Tage erretten dürfen über den kolossalen Fortschritt, der darin besteht, daß sie in drei Tagen weitestens so viel verdienen, um die drei Tage, die sie arbeiten, ihre Margarinebollen mitnehmen zu können. Den Rest können sie verwenden, um die übrigen Klassengenossen darüber aufzuklären, daß der „Wertbeständige“ ja nur für die Zeit der „gerechten“ Arbeit gilt. Dem „gerechten Lohn“ nur für die Arbeiten bezahlt, nicht für Faulenzen — von wegen der „Sanierung“ der Wirtschaft, Finanzen und so. Im großen und ganzen genommen: Der „gerechte Lohn“ bedeutet eine Stabilisierung des heutigen Blöds, und das nur scheinbar, solange der Kapitalist die Proleten noch braucht. Er bedeutet aber „gerechte“ Stabilisierung des Erwiderns der Proletarier durch den Hungertod. Er bedeutet eine Stabilisierung und Zerschlagung der Fesseln des Proletariats in der Periode der Verdrängerischer Deutschlands, und den Versuch der unbedingten Auslieferung an das Kapital, das dem Proletariat die Luft völlig abzusperren droht. Die Arbeitsgemeinschaft in höchster Potenz, indem Gewerkschaften und Kapitalisten — wenn eine Einigung nicht zustande kommt, ein unparteiischer Kapitalist oder dessen Ratgeber — die Höhe der für die Arbeitenden jeweils auszuverlorenen Hungerration festsetzt, gegen die es gar kein Reklamationsrecht mehr gibt. Bedeutet den Versuch einer Stabilisierung der Dummheit und der „gewerkschaftlichen Disziplin“. Alles in allem: eine Stabilisierung der Gewerkschaften, dessen Gelingen von den vorher erwähnten Voraussetzungen abhängig ist.

Das ist in Wirklichkeit der Sinn, und bedeutet allerdings einen „geschichtlichen Wendepunkt“. Die Heversarbeit der Gewerkschaften während des Krieges und der Nachkriegszeit wird von demselben noch in die Schatten gestellt werden, in der jetzt von neuem aufbrechenden und ihren Charakter wechsellenden Krise in Deutschland, die den Proletariats in die Köpfe einhämmern wird, daß die Zeit der Lohnkämpfe allerdings vorbei ist, weil jeder Lohnstreik erstens nur Sinn hat, in einer Konjunkturperiode, und zweitens bei stabilen Wertverhältnissen, mit anderen Worten: in einer Periode kapitalistischer Aufwärtsentwicklung, nicht in einem Stadium fortschreitenden Zusammenbruchs.

Vor den deutschen Proletariats steht die Frage des Kampfes um die Macht als Masse, also andere als gewerkschaftliche Geschäfte. Ein Lohnstreik gegen die Gewerkschaften ist genau so zum Scheitern verurteilt, als ein freiwilliger Hungerstreik unter dem Kommando derselben.

Dieser Kampf kann das Proletariat allerdings nicht führen, wenn es selbst in der Konterrevolution organisiert, und dieser selbst die Mittel zu ihrer Bekämpfung liefert. Dieser Kampf der Gesamtarbeiterklasse, um die wirtschaftliche und politische Macht, ist ein Kampf gegen die Gewerkschaften und deren Nutznießer, der muß getragen sein von väulger Klassenmilitanz der Ausgebettelten untereinander, von einer Solidarität im Leben und im Sterben. Die Metallarbeiter, die ihrem Gewerkschaften ihren letzten „Schuß“ vor die Füße werfen und der Wirtschaft ihren letzten „Schuß“ vor die Füße werfen, ihren Kampf in den Streik verbarren, haben es in der Hand, ihren Kampf zu einem „geschichtlichen Wendepunkt“ zu machen, indem sie den Auslaß geben für die Gesamtarbeiterbewegung des Proletariats mit dem Kapital. Indem sie selbst das Proletariat aufleben, nicht um mehr Lohn, sondern um Abschaffung und Auflösung der Lohnknechtschaft, den Kampf aufzunehmen auf der ganzen Linie und mit allen Mitteln. Eine andere Entscheidung gibt es nicht, jetzt und für alle Zukunft nicht, wenn nicht das deutsche Proletariat unter den Massen der kapitalistischen Heckerknechte und in den gewerkschaftlichen Fesseln einträglich verreckt will.

## Kommunistischer Widerstand der deutschen Wirtschaft

Die Reichstagsfraktion der KPD hat einen Gesetzentwurf zur Erlassung der Sachwerte im Reichstag eingebracht, nach dem die Parole der Erlassung der Sachwerte über ein Jahr lang dem Proletariat als der Weisheit letzter Schluß eingeklamert worden ist. Es ist sehr bedauerlich, daß dieser Entwurf gerade in der augenblicklichen Situation eingebracht wird. Die KPD hält es jetzt für die dringendste Aufgabe, daß eine „sofortige“ grundlegende „Umgestaltung“ der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik durchgeführt wird. Sie begründet sie damit, daß die „bisherige auf großkapitalistische Interessen zugeschnittene und durch bürokratische Organe durchgeführte Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches bankrott gemacht hat.“ Die leitenden Gesichtspunkte sollen sein, „daß alle Einzelmaßnahmen ausschl. auf die Interessen der werktätigen Massen zugeschnitten sein müssen, die mit dem Interesse der Gesamtwirtschaft zusammenfallen.“

Die dem Gesetzentwurf gegebene Begründung spricht deutlicher als alle bisher von der KPD in die Massen hineingeworfenen Parolenbündel für die ungeheure Verwahrung der kommunistischen Partei. Es ist damit das glatte Eingeständnis gegeben, daß auch die KPD in der letzten Situation nur einen kapitalistischen Aufbau für möglich hält. Sie will den bisherigen großkapitalistischen Interessen, die proletarischen Interessen entgegenstellen. Sie verlangt, daß das Kapital sich dazu entschließen soll, die Interessen der Arbeiterschaft ausschlaggebend sein zu lassen.

Der Zweck der Uebung ist, eine gesunde nationale Wirtschaft aufzurichten. Es wird ausdrücklich erklärt, daß die Kapitalisten abhandeln müssen, weil sie „das nationale Interesse der Arbeiterschaft preisgegeben haben.“ Es darf dabei keineswegs verschwiegen werden, daß die KPD beabsichtigt, die Durchführung des kapitalistischen Umbaus Organe der werktätigen Bevölkerung zu übertragen. „Es wird wirklich der Arbeiterschaft viel zugemutet. Sie soll anstelle des proletarischen Anflans den kapitalistischen Aufbau durchführen. Es ist dies die wästelste Reformismus. Der Staat wird als Vertreter der Gesamtwirtschaft angesehen und das Proletariat als Vollstrecker des staatlichen Willens. Diese Paarung von Nationalismus und Reformismus liegt durchaus in der „revolutionären Linie“. Wenn auch die Antragsteller betonen, daß die gegenseitige Regierung ihren Vorschlag nicht durchführen wird, und wenn sie auch vorher eine grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation für notwendig halten, so ändert dies doch nichts an der Tatsache, daß die Antragsteller die werktätige Bevölkerung für die „Erhaltung der nationalen Existenz und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus einspannen wollen. Zum Schluß kommt noch das biblische Drohung, die diesmal in „Kühnheit“ aller bisherige faszistische Überbrillt. Sie erklären mit emporehobenem Zeigefinger, daß nur dieser Weg das Kapital vor einer Revolution retten kann. Es ist der größte Lohn der Weltgeschichte, daß die KPD sich als Reiter des Kapitals aufspielt. Die KPD nimmt jetzt bewußt die Stellung ein, welche die SPD vor der November-Revolution innegehabt hat. Wie damals die SPD die Rettung der Monarchie in dem Elitritt von hervorragenden Führern in die Reichsregierung sah, so erblickt jetzt die KPD in der Bildung einer Reichsarbeiterregierung das Allheilsmittel gegen eine proletarische Revolution. Soweit ist es mit der KPD gekommen.

Neben dieser theoretischen Festigung der KPD auf dem kapitalistischen Wiederaufbau interessiert sich die KPD, die KPD anreizt. Die Grundgedanken ist die Auffassung, daß die Wirtschaft eines „nationalistischen“ abzumachen ist. Nach diesem Schema soll auch der Wiederaufbau durchgeführt werden. Deshalb schließt der Gesetzentwurf vor, daß die Sachwerte zu 51 Prozent durch den Gesetzentwurf vor, daß die Sachwerte der werktätigen Massen beträgt also zwei Prozent. Eine 1% Minderheit, die für Satzungsänderungen erforderlich ist, erreicht den einen KPD-Lenten als es umgekehrt. Das Proletariat kann im Reichstag nur verlieren, daß in die letzten Unversichert über das Kapital hat, denn das Kapital und dem Proletariat erziehen Methoden. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Beteiligung nur an solchen Unternehmungen erlaube soll, deren Verkaufswert mehr als 100.000 Goldmark beträgt. Wenn man bedenkt, daß eine Million gleich 100 Goldmark ist, so liegt die Expropriation bei einem Wert von 100 Millionen Goldmark an, wobei wiederum primäre dem Lohn



